



Aktueller Begriff

Staatliche Angebote politischer Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

In Deutschland leben gut 12 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 14 und 27 Jahren, das sind mehr als 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Kürzlich machte eine aktuelle **Sozialstudie der Universität Bielefeld** Schlagzeilen, nach der rund die Hälfte der Jugendlichen zwischen zwölf und 16 Jahren mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, unzufrieden sei. Rund 75 Prozent von ihnen glauben demnach, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben und dass sich die Politik nicht für ihre Meinung interessiere. Auch die aktuelle **Sinus-Studie 2024** kommt zu dem Ergebnis, dass Politik – trotz der Vielzahl an Krisen und Problemen wie Kriege, Energieknappheit, Inflation oder Klimawandel – für junge Menschen zwischen 14 und 17 Jahren nur einen geringen Stellenwert habe. Die Mehrzahl wolle mitreden und Gehör finden, fühle sich aber von den Erwachsenen nicht ernstgenommen und respektiert. Ebenso konstatiert eine laufende **Studie des Deutschen Jugendinstituts**, dass knapp ein Drittel der 16- bis 27-Jährigen wenig oder kein Interesse an Politik äußere und 23 Prozent nicht der Meinung seien, dass das demokratische System in Deutschland gut funktioniere. Nur ein kleiner Anteil gehe davon aus, dass eigene Meinungen oder Wünsche für Politikerinnen und Politiker relevant seien.

In der öffentlichen Debatte wird aufgrund solcher Beobachtungen zunehmend gefordert, junge Menschen **systematisch** und **verbindlich** in **politische Beratungsprozesse** einzubeziehen. Um Jugendliche stärker an politischen Prozessen zu beteiligen, wurde in Deutschland kürzlich das **Mindestwahlalter** für das aktive Wahlrecht bei den **Europawahlen** von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt, wie dies in einigen Bundesländern auch für Landtags- und Kommunalwahlen bereits geschehen ist. Junge Menschen sollten nach Meinung von Fachleuten aber auch Gelegenheit haben, Politik konkret mitzugestalten. So empfiehlt die DJI-Studie Maßnahmen, die an die Lebenswelt junger Menschen anknüpfen und die Raum schaffen, über Fragen und Unzufriedenheit mit dem politischen Geschehen zu sprechen.

Die Bemühungen, junge Menschen in politische Entscheidungen einzubeziehen, haben bereits in den zurückliegenden Jahren zu einem weiten Netz an Beteiligungsmöglichkeiten geführt. Zwar gibt es bisher keine gesetzlich verbindliche **Jugendvertretung** auf Bundesebene, aber es gibt mehr als 700 kommunale Kinder- und Jugendparlamente. Die Bundesregierung hat erstmals 2018 eine **Jugendstrategie** entwickelt, die darauf abzielt, Kinder und Jugendliche durch verschiedene Maßnahmen in neun Handlungsfeldern – darunter „Beteiligung, Engagement und Demokratie“, „Umwelt“ oder „Europa und die Welt“ – politisch zu beteiligen. Daran anknüpfend soll der **Nationale Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung**, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in einem Dialogprozess gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2025 entwickelt wird, Empfehlungen für deren politische Beteiligung geben. Schwerpunkte sind u.a. die Beteiligung von Kindern unter zwölf Jahren und die politische

Mitgestaltung auf Kommunal- und Landesebene. Es ist geplant, die Empfehlungen dem Bundeskabinett und der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder vorzulegen. Auch auf europäischer Ebene wurde eine **Jugendstrategie der Europäischen Union** mit elf Jugendzielen wie „Räume und Beteiligung für alle“ entwickelt, um die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten selbst zu fördern.

Darüber hinaus fördert das BMFSFJ im Rahmen des **Kinder- und Jugendplanes des Bundes** länderübergreifende Maßnahmen in der Jugendhilfe sowie bundesweit tätige Träger, Initiativen und Modellprojekte (§ 83 Abs. 1 S. 1 Achten Buch Sozialgesetzbuch, SGB VIII). Diese Förderung schließt auch die **politische Kinder- und Jugendbildung** ein. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 sah Kürzungen im Kinder- und Jugendplan von fast 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr vor. Nach Kritik, Demonstrationen und offenen Briefen von Verbänden, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern wurden die geplanten Kürzungen schließlich gestrichen und somit nicht umgesetzt. Der vom Deutschen Bundestag zu beschließende Haushalt für das Jahr 2025 einschließlich des Kinder- und Jugendplans wird in Kürze beraten.

Auf Ebene der Bundesregierung bestehen derzeit drei **Jugendbeiräte**: So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Mai 2021 einen Jugendbeirat als beratendes Gremium eingerichtet, um junge Menschen an der Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik zu beteiligen. Weitere Jugendbeiräte finden sich im BMFSFJ und im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMU). Auch auf Landesebene sind bereits Jugendbeiräte etabliert worden. Projekte wie das vom BMFSFJ geförderte und 2023 begonnene „**Bundeskompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung**“ beraten vor allem Ministerien und nachgeordnete Behörden in Fragen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen **Kinder- und Jugendbericht** zu veröffentlichen und dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zuzuleiten. Mit der Erstellung des Berichts wird jeweils eine unabhängige Sachverständigenkommission beauftragt. Der nächste, 17. Kinder- und Jugendbericht wird im Herbst dieses Jahres erwartet.

Quellen und Literatur:

- Wie gerecht ist Deutschland? Gerechtigkeitsstudie 2023/2024, Studie der Universität Bielefeld im Auftrag der Bepanthen-Kinderförderung, abrufbar unter <https://aktuell.uni-bielefeld.de/2024/07/02/kinder-jugendliche-machtlos-und-unzufrieden/>
- Calmbach, Marc u.a., Wie ticken Jugendliche? Sinus-Jugendstudie 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2024.
- Deutsches Jugendinstitut, Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“, 6 Teilberichte, München 2024, abrufbar unter <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/ermittlung-von-bedarfslagen-im-bereich-demokratiefoerderung-und-extremismuspraevention/projekt-publikationen.html>
- BMFSFJ, Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts, 2020, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162236/a38c2a71e008f46347e095a053e8b9ef/16-kinder-und-jugendbericht-kurzbrochuere-data.pdf>.
- Jugendbeteiligung in Deutschland, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 20/7939 vom 18. August 2023, abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/080/2008064.pdf>